

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 688 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 203

23. Oktober 1987

Dr. Volker Hauff MdB zum
Gespräch Kohl-Mitterrand:
Die Umwelt war kein Thema.
Seite 1

Hedda Jungfer MdL zur Be-
gegnungsstätte in Dachau:
Die SPD wird im Bayerischen
Landtag Initiativ.
Seite 3

Dieter Schanz MdB zum
Welternährungstag 1987:
Kleinbaurntum in Entwick-
lungsländern fördern.
Seite 4

Andre Daguët zum Wahl-
ausgang in der Schweiz:
SP-Politik nicht in Frage
gestellt.
Seite 5

Die Umwelt war kein Thema

Helmut Kohl hat im Gespräch mit Mitterrand eine Chance
verspielt

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Der Eckpfeiler der europäischen Einigung ist die deutsch-
französische Freundschaft, dies hat der Staatsbesuch von
Präsident Francois Mitterrand wieder deutlich gemacht. Wir alle
haben bis zum letzten Tag darauf gewartet, daß neben den
behandelten Gesprächsthemen: Friedens-, Sicherheits-, Kultur-,
Währungs- und Weltraumpolitik auch das Thema Umwelt be-
handelt würde.

Aber noch nicht einmal „unter ferner liefen“ hat Helmut
Kohl dieses Thema angesprochen.

Sicher, wir haben gemeinsame historische Wurzeln, dies wurde
in Aachen zu Recht verdeutlicht.

Sicher, die Selbstbehauptung Europas verlangt eine gemein-
same Entwicklung einer europäischen technologischen Perspek-
tive. Wir haben dabei nicht erwartet, daß Helmut Kohl die
Vision einer gemeinsamen Solar-Wasserstoff-Initiative vor-
schlagen würde. Dies bleibt in Europa bisher den Sozialdemo-
kraten vorbehalten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Koch-Druck



Aber warum hat Helmut Kohl nicht drängende Gegenwartsprobleme auf den Gesprächstisch gelegt? Denn die Bundesregierung brüstet sich doch immer mit ihrer Vorreiterrolle im Umweltschutz in Europa.

Hat etwa Helmut Kohl es als Störung der Gesprächsatmosphäre empfunden, deutsche Interessen anzumelden und in die Niederungen konkreter Probleme herabzusteigen?

Da beschließt das Kabinett einen nationalen Alleingang für die Festlegung von Grenzwerten für Radioaktivität in Lebensmitteln, aber das war wohl nur eine Beruhigungsspiße mit Placeboeffekt. Denn es ist nichts bekannt geworden darüber, ob Helmut Kohl am selben Tag Francois Mitterrand auf dieses deutsch-französische Problem auf europäischer Ebene angesprochen hat.

Es ist auch nichts bekannt geworden darüber, ob Helmut Kohl Francois Mitterrand auf die Konsequenzen dieser Beschlüsse für den Warenaustausch an den Grenzen hingewiesen hat.

Oder ist dies vielleicht ein Hinweis darauf, daß man es mit Grenzkontrollen gar nicht ernst meint und die neue Grenzwertverordnung nur ein Papiertiger ist? Fortschritte im grenzüberschreitenden Umweltschutz sind unabdingbar.

Sie lassen sich nicht durch Ausklammern dieses Themas bei Staatsbesuchen erreichen.

Wer den gemeinsamen Wurzeln der Geschichte nachspürt, wer eine neue gemeinsame Technologie-Zukunft in Angriff nehmen will, der hat aber zu allererst die verdammt Pflicht, die Probleme der Gegenwart zu erörtern.

Helmut Kohl hat hier zum wiederholten Male eine Chance verspielt.

(-/23.10.1987/rs/ks)

* * *

Bayerische SPD besteht auf Begegnungsstätte in Dachau

Im Landtag soll eine Anhörung dazu stattfinden

Von Hedde Jungfer MdL

Die SPD-Landtagsfraktion hat beschlossen, eine Parlamentsanhörung zur Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Dachau zu fordern. Einen entsprechenden Antrag werden die SPD-Vertreter im kulturpolitischen Landtagsausschuß am kommenden Mittwoch stellen. Themen der Anhörung sollen sein: Zielsetzung einer solchen Begegnungsstätte, Zielgruppen und Inhalte, Organisationsform, Trägerschaft, Finanzierung, Standortfragen.

Angehört werden sollen vor allem diejenigen, die sich bisher an der Erarbeitung von Konzepten engagiert beteiligt haben, also der Förderverein, die Kirchen, die israelische Kultusgemeinde, der bayerische Jugendring, Verfolgtenorganisationen. Selbstverständlich sollen auch Vertreter der Stadt Dachau eingeladen werden.

Die SPD geht davon aus, daß die CSU-Fraktion sich einer solchen Anhörung nicht verweigert. Gegebenenfalls wird die SPD die Anhörung alleine durchführen.

Das von der CSU-Fraktion vor einigen Tagen vorgelegte neue Konzept für eine „Jugendbegegnung in Dachau“ wird dem Anliegen einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte nicht gerecht. Mit der Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten und Tagungsräumen und der pädagogischen Betreuung durch Beamte des Kultusministeriums, wie die CSU es vorschlägt, ist es nicht getan. Eine solche Begegnungsstätte muß vielmehr einem pluralistischen, nicht von oben gesteuerten Dialog dienen.

Die SPD begrüßt, daß bei der CSU nach der bisherigen strikten Ablehnung der Begegnungsstätte in Dachau nun offensichtlich ein Denkprozeß in Gang gekommen ist. Ich habe die Hoffnung, daß das Ergebnis der Parlamentsanhörung ein gemeinsam von allen Fraktionen getragenes Konzept sein wird.

(-/23.10.1987/ra/ks)

* * *



Kleinbauerntum in Entwicklungsländern fördern

Gedanken zum Welternährungstag 1987

Von Dieter Schanz MdB

Die Welternährungsorganisation FAO hat die Kleinbauern in der Dritten Welt zum thematischen Mittelpunkt des diesjährigen Welternährungstages ernannt.

Die Situation des Kleinbauerntums sowie die Probleme der Landwirtschaft sollten so weltweit ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden. Die FAO weist mit Recht darauf hin, daß die rund 300 Millionen kleinbäuerlichen Betriebe der Entwicklungsländer von der Entwicklungspolitik kaum berücksichtigt worden sind, obwohl sie zwischen 80 und 85 Prozent der Nahrungsmittel erzeugen. Das Kleinbauerntum hat wegen seiner oft besonders gut an die örtlichen Gegebenheiten angepaßten Bewirtschaftungsmethoden im ökologischen Bereich eine wichtige Funktion. Das Konzept des standortgerechten Landbaus muß deswegen vor allem bei Kleinbauern ansetzen.

Die FAO hat gut daran getan, sich beim Welternährungstag dieser bisher sträflich vernachlässigten Gruppe anzunehmen.

Das Parlament ist sich einig, daß die Förderung kleinbäuerlicher Betriebe sowie das Kleingewerbes Priorität haben muß, um den Hunger und die Armut in den Entwicklungsländern zu bekämpfen.

Bei der Umsetzung dieser Beschlüsse durch die Bundesregierung sieht der politische Alltag leider anders aus. Der Haushaltsentwurf für 1988 macht deutlich, daß die Bundesregierung ihren Worten wenig Taten folgen läßt. So geht der Anteil der FZ insgesamt für Afrika südlich der Sahara von 30,7 Prozent auf 28,5 Prozent zurück; bei der sektoralen Verteilung der FZ sinkt der Anteil im Bereich Land- und Forstwirtschaft um 6,5 Prozent.

Da wirken auch die schönen Worte von Landwirtschaftsminister Kiechle zum Welternährungstag nicht mehr, der für die Kleinbauern gezielte Förderung und Beratung und auch die stärkere Berücksichtigung von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit fordert.

Vielleicht sollte Herr Kiechle seine Erkenntnisse an Minister Klein weitergeben, der sich offenbar noch nicht bewußt ist, daß die Bundesrepublik noch meilenweit von der angestrebten 0,7 Prozent-Marge entfernt ist.

Eins sollte doch deutlich sein: Nur durch ihre eigene Wirtschaftskraft werden die Entwicklungsländer dauerhaft in Stand versetzt, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern. Eine Stärkung der Binnenmärkte muß über die Stärkung der ländlichen Entwicklung gehen und nicht über die viel zu gern geförderten Großprojekte!

(-/23.10.1987/rs/ks)



SP-Politik nicht in Frage gestellt

Eine erste Analyse des Wahlergebnisses in der Schweiz

Von Andre Daguet

Leitender Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Wahlziel gesamtschweizerisch klar nicht erreicht, namhafter Rückgang des Wähleranteils in der deutschen Schweiz mit entsprechenden Sitzverlusten, Halten in der Romandie und eine merkliche personelle Erneuerung der SP-Fraktion. Das sind die hervorstechenden Merkmale des Wahlergebnisses für die Sozialdemokratische Partei. Zwei positive Elemente sind dabei zu erwähnen: die starke Verjüngung der Fraktion sowie die Erhöhung des Frauenanteils in der Nationalratsfraktion von 10 (von 47) auf 12 (von 41) Sitze beziehungsweise von bisher 21 Prozent auf 29 Prozent. Erfreulich zudem die Rückeroberung des Schwyzer Sitzes und der Sitzgewinn in der Waadt.

Die SP hat ihr Wahlziel klar verfehlt: Daran gibt es keinen Zweifel, da nützt alle Kosmetik nichts. Weder hat die SP ihre Sitzzahl halten können noch hat eine markante Verschiebung der Sitze von rechts nach Mitte-links stattgefunden. Kennzeichnend für das Ergebnis ist vielmehr die Stabilität zwischen dem bürgerlichen und dem sozial-grünen Lager insgesamt. Die von vielen gewünschte oder angekündigte Hoffnungswahl hat an der Urne nicht stattgefunden.

Fazit dieses Ergebnisses: Die Umweltthematik hat in der deutschen Schweiz polarisiert und zugleich sehr unterschiedlich mobilisiert: während im bürgerlichen Lager mit der Warnung vor einer rot-grünen Mehrheit das Angstpotential erfolgreich mobilisiert werden konnte, ist das grüne Hoffnungspotential in viel stärkerem Masse zuhause geblieben. Ein Hinweis darauf ist nicht nur die Gesamtbilanz der Wahlen, sondern ebenfalls die tiefere Wahlbeteiligung, die im Landesdurchschnitt weit unter die 50-Prozent-Grenze gefallen ist.

Ein Zuwachs an grünen Wählerstimmen vorab bei der GPS und beim Grünen Bündnis ist offenbar, wenn auch nur zum Teil, auf Kosten der SP gegangen. Entscheidend für die Wahlniederlage der SP ist allerdings nicht - dies eine erste Einschätzung - der Verlust von Wählerstimmen an die grünen Parteien, entscheidend ist vielmehr, daß die Mobilisierung der traditionellen, gewerkschaftlich orientierten Wählerschichten nicht gelungen ist. Der Wählerrückgang der SP ist in erster Linie hier zu suchen. Diese Einschätzung wird unter anderem gestützt durch die KandidatInnenergebnisse in der deutschen Schweiz: Spitzenresultate für die betont sozial-grünen SP-Vertreter in zahlreichen Kantonen und die Abwahl einer Reihe von traditionell, gewerkschaftlich orientierten Kandidaten.

Eine Differenzierung drängt sich allerdings auf: in der Romandie ist dieser massive Einbruch im eher traditionellen Bereich nicht festzustellen. Die Wähleranteile der SP sind - mit regionalen Unterschieden - gesamthaft betrachtet stabil geblieben. Kennzeichnend ist dabei, daß in der Romandie die Umweltthematik zugunsten wirtschaftspolitischer Fragen (Arbeitsplatz, Wirtschaftsförderung) und sozialpolitischer Fragen in den Hintergrund gedrängt worden ist.



Es wäre verfehlt, aus diesem Wahlergebnis die Folgerung zu ziehen, daß die politische Stoßrichtung des SP-Wahlkampfes falsch war. Die erheblichen Verschiebungen in der Zusammensetzung der SP-Fraktion legen viel eher den Schluß nahe, daß die politische Linie des Wahlkampfes auf der Grundlage einer glaubwürdigen Umwelt- und Sozialpolitik von der SP-Wählerschaft, die an die Urne gegangen ist, klar und deutlich honoriert worden ist.

Im gesamtschweizerischen Wahlkampf hat die SP der Sozialpolitik klar Vorrang gegeben und damit den Wahlkampf unter allen Parteien entscheidend mitgeprägt. Sie hat den Sozialtarif eingeführt, der weites Echo gefunden hat. Sie hat die 10. AHV-Revision (mit Erfolg) und die Frage der Zweiten Säule thematisiert und dabei auch bei den großen öffentlichen Hearings zum Beispiel am Fernsehen die Themenführerschaft gehabt.

Die Folgerung drängt sich deshalb auf, daß es offensichtlich trotz den Anstrengungen der SP, sozialpolitische Themen in den Vordergrund zu rücken (zum Beispiel mit dem Sozialtarif), nicht gelungen ist, traditionelle Wählerschichten der SP ausreichend zu mobilisieren. Ein Grund für dieses Faktum dürfte sicher darin liegen, daß in der deutschen Schweiz die Umweltthematik die sozialpolitischen Anliegen überlagert hat. Zu vermuten ist aber auch, daß es den Gewerkschaftsorganisationen ihrerseits nicht gelungen ist, die gewerkschaftliche Mitgliedschaft an die Wahlurne zu bringen. Wie weit dies mit dem gesamtgesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Gewerkschaften beziehungsweise der traditionellen gewerkschaftlichen Anliegen zusammenhängt, kann im Augenblick noch nicht schlüssig beantwortet werden.

Die SP kann mit dem Wahlausgang nicht zufrieden sein. Analysen sind notwendig, die Folgerungen müssen gezogen und die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. In Frage steht dabei nicht die in den vergangenen Jahren erarbeitete soziale und ökologische Politik der Partei. Es gilt vielmehr, die Glaubwürdigkeit für diese neue Politik weiter zu erarbeiten, denn offensichtlich hat die SP als Bundesratspartei einen sehr hohen Preis für die umweltpolitische Unglaubwürdigkeit des bürgerlichen Regierungslagers bezahlt. Die kommenden vier Jahre bieten eine Chance, die SP-Anliegen auf allen Ebenen konsequent zu verfolgen. Der Wählerauftrag an die SP weist eindeutig in diese Richtung.

Die politischen Ziele der SP stehen nicht zur Debatte. Korrekturen und Verbesserungen sind statt dessen in der Partei- und Fraktionsarbeit, in der Mobilisierungsarbeit, in der öffentlichen Vermittlung unserer Politik und nicht zuletzt in der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften fällig.

(-/23.10.1987/rs/ks)

* * *